

Varianten erprobt. An den Antworten könne man erkennen, ob jemand eher eine an Pflichten orientierte Moral vertrete oder eine an den zu erwartenden Folgen.

„Bei unausweichlichen Unfallsituationen ist jede Qualifizierung nach persönlichen Merkmalen (Alter, Geschlecht, körperliche oder geistige Konstitution) strikt untersagt. Eine Aufrechnung von Opfern ist untersagt. Eine allgemeine Programmierung auf eine Minderung der Zahl von Personenschäden kann vertretbar sein. Die an der Erzeugung von Mobilitätsrisiken Beteiligten dürfen Unbeteiligte nicht opfern.“ Diese Formel hat im vergangenen Jahr eine aus renommierten Rechtswissenschaftlern und Philosophen bestehende Ethikkommission gefunden, die der deutsche Bundesverkehrsminister zusammengerufen hatte. Die Formel zeigt Grenzen der Verrechnbarkeit, hebt aber die Schwierigkeit nicht auf, planend mit den verbleibenden Dilemmata umzugehen. Einem einzelnen Fahrer würde man zugestehen, dass er vielleicht rechtswidrig handelt, wenn er das zahlenmäßig geringere Opfer wählt, um den größeren Schaden zu vermeiden, aber angesichts der Stresssituation wohl nicht schuldhaft. Für die von dieser Situation unabhängige Programmierungsfrage lässt die Kommission die moralische Wertung letztlich offen. Würde das heißen, dass die Käuferin zwischen unterschiedlichen Model-

len wählen kann, einem kantianisch, pflichtenorientiert programmierten Volkswagen oder einem utilitaristischen, folgenorientierten Rover? Hier bleibt in jedem Fall weiterer Klärungsbedarf. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage, wie sich in den neuen Szenarien Tun und Unterlassen, intentionelles Handeln und In-Kauf-Nehmen zuordnen lassen oder ob die Hersteller den moralischen Schwarzen Peter an die Fahrer zurückgeben können, indem sie Programmierungsalternativen anbieten.

Überwachen und Fahren

Die genannte Kommission hat noch auf ein anderes Problem hingewiesen, das in den bisherigen Diskussionen um ethische Fragen wenig beachtet wurde: „Eine vollständige Vernetzung und zentrale Steuerung sämtlicher Fahrzeuge im Kontext einer digitalen Verkehrsinfrastruktur“, so heißt es, „ist ethisch bedenklich, wenn und soweit sie Risiken einer totalen Überwachung der Verkehrsteilnehmer und der Manipulation der Fahrzeugsteuerung nicht sicher auszuschließen vermag.“ Die Sicherheit des Lebens ist ein hohes Gut und die Vermutung, dass technische Systeme sie eher erreichen können als menschliche Fahrerinnen und Fahrer, führt die Kommission zunächst zu einem aufgeschlossenen Blick auf selbstfahrende Autos. Sie scheinen im Rahmen des wachsenden Wunsches nach individueller Mobilität gera-

dezu unvermeidbar zu sein. Ob aber die Überwachungsmöglichkeit und die Manipulation tatsächlich ausgeschlossen werden kann, das scheint doch sehr fraglich. Der Bericht der Kommission wirft deshalb die Frage auf – ohne sie zu formulieren –, wie zwischen Sicherung des Lebens und Sicherung der Privatheit, Vertraulichkeit und Nichtmanipuliertheit gewichtet werden soll. Vielleicht ist hier ein Moratorium die angeratene Option für die Phase, in der die Nichtmanipulierbarkeit noch nicht als gesichert gelten kann. Wer aber trägt die Beweislast?

Oasen des Genusses

Der Erfolg des Automobils im vergangenen Jahrhundert verdankt sich nicht nur dem Gewinn an Mobilität. Für viele Besitzer wurde das Automobil zum Statussymbol. Es steht für oftmals gelungenes Design, für die Freiheit des Wohin und Wann, aber auch für die Freiheit des Wie und Wie-Schnell. Schon jetzt machen uns Navigationssysteme auf Geschwindigkeitsübertretungen aufmerksam und mahnen Disziplin ein. Soll das Sicherheitsargument generelle Wirkung entfalten, dann müssen wir nach und nach alle verpflichtet werden, unsere fahrerische Willkürfreiheit an die Fahrsysteme abzugeben. Braucht es dann künftig Teststrecken und Freiräume, in denen wir den Fahrspaß, den wir einst genossen, weiter ausleben können? Für LokomotivlenkerInnen wird es dies wohl nicht geben.

Neuer ksoe-Lehrgang: Solidarisch Wirtschaften

April bis November 2018 | Lehrgangstart: 26. April 2018

Der Lehrgang richtet sich an Personen und Gruppen, die

- *alternativ wirtschaften und*
- *Initiativen, Projekte und Betriebe aufbauen möchten,*
- *solidar-ökonomisch im Tun sind, Neuorientierung suchen, Veränderungen gestalten und gute Entscheidungen treffen wollen*
- *sowie an MultiplikatorInnen*

Vier Module, jeweils Do./Fr. in Wien – Friesach – Bozen – Wien

Infos/Anmeldung:

Katholische Sozialakademie
Österreichs
Konstanze Pichler | (01) 310 51 59-72
konstanze.pichler@ksoe.at
Kosten: 960 Euro
Anmeldung: bitte bis 20. März 2018

Lehrgangstermine:

26. – 27. April 2018
5. – 6. Juli 2018
27. – 28. September 2018
15. – 16. November 2018

Strategien des Mundtot-Machens

Die Durchsetzung ideologisch gefärbter Politik wünscht keine Kritik. Wie es gelingt, diese in subtiler Weise klein zu halten, zeigt der Beitrag von Dominika Meindl.

Dominika Meindl
ist Schriftstellerin, Performerin, Literaturkritikerin und Journalistin

Spätestens seit Angelobung der zweiten Blau-Schwarzen Regierung steht Österreich unter internationaler Beobachtung. Sanktionen, wie sie im Jahr 2000 von der EU verhängt wurden, sind nicht zu befürchten. Europa ist selbst weit nach rechts gerückt. Und man hat sich nichts vorzuwerfen, die Pressefreiheit ist gegeben, KritikerInnen müssen nichts befürchten. Es muss in einem Staat mehr schiefgehen, wenn Journalisten verhaftet werden, wie aktuell unter dem türkischen Despoten Erdoğan. Angenehm wird es natürlich nicht, davon weiß der Extremismusexperte Thomas Rammerstorfer ein hässliches Lied zu singen. Seit einem abgebrochenen Vortrag in einer Linzer Schule über die Verbindungen der FPÖ zu rechtsextremen Kreisen wird er mit parlamentarischen Anfragen, Anzeigen, Steuerprüfungen und Drohungen eingedeckt.

Subtile Strategien

Aber muss man überhaupt offen drohen? Es gibt doch weitaus elegantere Strategien, Nörglern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gut funktioniert taktische Unaufgeregtheit. Stichwort: „Das ist doch kein Thema!“ Auf verbale Entgleisungen des Koalitionspartners (Kickls „Flüchtlinge konzentriert an einem Ort halten“) reagiert Kanzler Kurz mit verbalem Schulterzucken: „Wenn ich darauf angesprochen werden sollte, kann ich darauf verweisen, dass der Innenminister seine Aussage ja schon klargestellt hat.“ Als der CSU-Politiker Manfred Weber für seine „finale Lösung der Flüchtlingsfrage“ in Kritik geriet, meinte er: „Die absichtliche Missinterpretation meiner Aussage hier ist völliger Unsinn.“

KritikerInnen mundtot sparen ...

Noch mehr als die Problemverleugnung erweist sich das finanzielle Aushungern als probates Kalkül. Eine Reform der

Presseförderung könnte Qualitätsmedien unterstützen, die politische Praxis geht jedoch in die Gegenrichtung. Besonders in Österreich werden unseriöse Krawallblätter seit Jahren durch Millionenförderung und Regierungsinsertate aufgeplustert. Populistischen Bewegungen kommt es zupass, dass sich der dumpfe Schrei der „Lügenpresse!“ gerade gegen die seriösen Medien wendet. Einen ähnlichen Effekt hat die strenge Austeritätspolitik in Europa. Obwohl die Wirtschaft fast im gesamten Euro-Raum wieder boomt, ist allenthalben von Nulldefizit und Spardruck die Rede. Am Beispiel Oberösterreichs: Aufgrund der guten Konjunktur werden für das Budgetjahr 2018 bis zu 100 Millionen Euro Mehreinnahmen erwartet, zugleich diktiert die Landesregierung ein hartes Sparpaket. Sie streicht die kostenlose Nachmittagsbetreuung im Kindergarten, kürzt die Mindestsicherung, spart die freie Kulturszene um mehr als ein Drittel zusammen. Drei Vereinen, die sich der Beratung von Frauen widmen, werden sämtliche Förderungen gestrichen. Eine solche Politik hindert die Betroffenen nicht daran, Demonstrationen oder Pressekonferenzen zu organisieren, sie müssen dies nur künftig als Privatpersonen in ihrer Freizeit tun. Der Spardruck versetzt die Betroffenen in Angst, schürt Neiddebatten und Entsolidarisierung. Künstlerinnen berichten, dass sie sich wieder für ihre Arbeit rechtfertigen müssen.

... und Neiddebatten schüren

In dieselbe Kerbe schlägt die Ethnisierung der Verteilungspolitik. Im vergangenen Wahlkampf wurde der „Flüchtlingsstrom“ zum Instrument: „Der Moslem ist schuld, dass uns echten Österreichern die Notstandshilfe gestrichen wird!“ Der „Asylant“ dient als Deckmantel für die große neoliberalen Umverteilung von unten nach oben.

Bizar, wie gut es gelingt, den „echten“ Flüchtling als Sozialschmarotzer zu etablieren, nicht den Steuerflüchtling in der Karibik. Das ist postfaktische Debattenführung mit freundlicher Unterstützung des hochsubventionierten Boulevards. Zusätzlich helfen Ablenkungsmanöver wie das Kippen des Rauchverbots.

Gewieft ist auch der Einsatz der „sozialen“ Medien. Rechte Parteien und Organisationen sind bei deren Einsatz schlauer. HC Strache erreicht mit einem Facebook-Post mehr Menschen als die ZiB 2. Dabei muss er sich selbst nicht weit aus dem Fenster lehnen. Die wüsten Beschimpfungen erledigen seine Follower unaufgefordert und bringen Facebook dazu, Seiten wie „Kann dieser seelenlose Ziegelstein mehr Freunde haben als H.C. Strache“ (150.000 Fans) offline zu stellen. Die Facebook-Administratoren waren für kritische Nachfragen durch den „Falter“ nicht erreichbar.

Schließlich sind wir mit einer Taktik konfrontiert, die keiner besonderen Aktivität bedarf: Selbstzensur. Wer in sozialen Netzwerken außerhalb der eigenen Filterblase Stellung bezieht, sieht sich umgehend mit größten verbalen Übergriffen konfrontiert, die auszuhalten eine Elefantenhaut benötigt. Es ist aber nicht nur die Angst vor dem Shitstorm, die KritikerInnen hemmt. In unserer Filterblase sprechen wir einander Mut zu, wir unterstützen laufend Anliegen – am liebsten jedoch bitte nur über eine Online-Petition. Leibhaftiger Protest, der Mut oder wenigstens zeitliches Engagement erfordert, wird selten. Ein Redakteur der ZEIT wunderte sich, wie friktionsfrei die neue Regierung ihren Sozialabbau vorantreiben könne, wie protestarm die Angelobung vonstattengegangen sei. Seit 2000 sind nicht nur fast zwei Jahrzehnte vergangen, auch die Widerstandslust hat ihre Energie verloren.

Kind als Ware, Frau als Produktionsstätte?

Sarah Jessica Parker, Cristiano Ronaldo und Elton John taten es: Sie engagierten eine Leihmutter, um Eltern zu werden. Sie und andere Promis vermitteln trendige Bilder von Leihmutterschaft. Wer Menschen mit Kinderwunsch dieses Glück verweigern möchte, gilt als verständnislos, so der öffentliche Tenor. Doch Halt: So einfach ist es nicht!

In Österreich wie in anderen Ländern auch ist Leihmutterschaft verboten. Dennoch wird Paaren hierzulande Leihmutterschaft als eine Methode genannt, mit der sie ihren Kinderwunsch erfüllen können. Angebote im Ausland machen es möglich: So stammten etwa für ein österreichisches Väterpaar die Eizellen von einer anonymen ukrainischen Frau, befruchtet wurden sie mit dem Samen des einen Auftraggebers, ausgetragen wurde das Kind von einer russischen Leihmutter. *aktion leben* und mittlerweile auch andere Gruppierungen setzen sich daher für die Sensibilisierung der Thematik sowie für ein internationales Verbot von Leihmutterschaft ein.

Die mit Leihmutterschaft verbundenen menschlichen und ethischen Probleme werden offenbar, wenn man nicht allein die Kinderwunschaare sieht, sondern den Blick auch auf alle anderen Betroffenen und Beteiligten lenkt: die Frauen, die sich zur Verfügung stellen (sollen), die Kinder, die auf diese Weise gezeugt, ausgetragen und geboren werden, und die Kliniken und Agenturen, die damit ein großes Geschäft machen.

Recht auf ein Kind gibt es nicht

Die international boomende Praxis der Leihmutterschaft lässt meinen, es gebe ein Recht auf ein Kind. Dies ist in keinem Regelwerk festgeschrieben. Hingegen gibt es Kinderrechte, die im Rang von Menschenrechten stehen und durch Leihmutterschaft verletzt werden. Art. 35 der UN-Kinderrechtskonvention verbietet etwa Kinderhandel.

Bei Problemen bei Leihmutterschaft zeigen sich erstaunliche Parallelen

zum Warenhandel. Aus Thailand bspw. sind mehrere traurige Fälle bekannt: Kinder blieben zurück, weil sie das falsche Geschlecht hatten oder behindert waren. Der Fall von Baby Gammy, einem Kind mit Down-Syndrom, ging um die Welt: Die australischen Auftragseltern nahmen nur die unauffällige Zwillingsschwester mit. Gammy blieb bei der Leihmutter.

In der Regel stellen sich arme Frauen als Leihmütter zur Verfügung. Sie werden als Dienstleisterinnen betrachtet, die ein gutes Produkt liefern müssen. Strukturelle Probleme wie die soziale Ungleichheit zwischen Ländern und innerhalb der Bevölkerung, Armut, aber auch die körperliche und psychische Gesundheit dieser Frauen bleiben ausgeblendet. „Ich weiß nicht einmal, ob es ein Bub oder ein Mädchen ist“, berichtet etwa eine indische Leihmutter. In den Verträgen, die die Frauen oft gar nicht lesen können, steht meist, dass ein behindertes Kind abgetrieben werden muss. Fragen des „lebenswerten Lebens“ stellen sich auf diese Weise und zeigen den Auswuchs eines Systems, das Kinder zum Produkt macht. Eva Maria Bachinger, Autorin des Buches „Kind auf Bestellung“, erklärt dementsprechend, Leihmutterschaft sei für sie in den allermeisten Fällen ein „sale of children“, weshalb sie diese ablehne.

USA: Mindestens 50.000 Kinder geboren

Leihmutterschaft ist längst nicht mehr ein Thema für einige wenige. Allein in den USA wurden mittlerweile mehr als 50.000 Kinder durch eine Leihmutter geboren. Auch in anderen Ländern

Mag.^a Martina Kronthaler,
Generalsekretärin

Mag.^a Helene Göschka,
Stv. Generalsekretärin
„aktion leben österreich“

ist Leihmutterschaft gängige Praxis: Indien, Kambodscha und Nepal waren, die Ukraine, Georgien und Russland sind beliebte Destinationen im Leihmutterschafts-Geschäft. Manche Länder steigen inzwischen wieder aus. Thailand und Kambodscha zum Beispiel haben nach einer Reihe von Skandalen beschlossen, dass ihre Frauen keine Leihmütter für Ausländer mehr sein dürfen. „Das Gesetz soll dafür sorgen, dass die Bäuche von Thailands Frauen nicht zu den Bäuchen der Welt werden“, erklärte ein Mitglied des thailändischen Parlaments.

Doch das Geschäft ist gigantisch und ob es gelingt, es einzudämmen, bleibt abzuwarten. Allein in Indien werden Schätzungen zufolge 2,3 Milliarden Dollar pro Jahr mit Leihmutterschaft umgesetzt.

Kind mit bis zu fünf Eltern

Was aber genau ist eine Leihmutter und wie funktioniert die Technik? Rein technisch sind zwei Arten von Leihmutterschaft zu unterscheiden. Erstens ist das die herkömmliche oder traditionelle Leihmutterschaft: Dabei empfängt eine Frau im Auftrag der Wunscheltern ein Kind. Dies geschieht mittels Einbringung des Samens in die Gebärmutter der Frau mit einem Katheter (Insemination). Der Samen kann dabei von dem Wunschvater oder von einem Samenspender stammen. Nach der Geburt überlässt die Leihmutter „das bestellte Kind“ den Wunscheltern.

Zweitens gibt es die volle Leihmutterschaft, auch IVF-Leihmutterschaft genannt, als die bei Weitem gängigste Methode. Dabei sind Leihmutter und Kind nicht verwandt, da eine fremde

Eizelle verwendet wird. Der Embryo kommt durch eine künstliche Befruchtung, eine sogenannte In-vitro-Fertilisation, zustande und wird anschließend der Frau transplantiert. So kann es vorkommen, dass ein Kind bis zu fünf Elternteile hat: die Leihmutter, den Samenspender und die Eizellspenderin sowie die Auftragseltern.

Bei dieser Variante kann die Leihmutter nach der Geburt keinen Anspruch auf das Kind erheben, wie das vielfach geschehen ist. Das emotionale Problem für die Leihmutter ist damit aber nicht behoben: Sie trägt neun Monate ein Kind aus, das sie nach der Geburt umgehend hergeben muss. Meistens wird ein Kaiserschnitt gemacht, um die Bindung zusätzlich zu minimieren. Denn bei der natürlichen Geburt werden Hormone freigesetzt, die diese fördern. Auch das Kind bekommt selten die Chance, später Kontakt mit der Leihmutter aufzunehmen oder mit den KeimzellspenderInnen, von denen es genetisch abstammt.

Die Vorstellung, eine Leihmutter sei nichts mehr als das Gefäß, welches das Kind für eine Zeit beherbergt, zieht sich durch die Geschichte der Leihmutterschaft. Doch ist diese psychologisch

und naturwissenschaftlich fragwürdig, denn „Erfahrungen, die ein Baby in der Schwangerschaft oder während der Geburt macht, haben Auswirkungen auf seine körperliche, aber auch seelische Entwicklung“, betont Claudia Versluis, Leiterin des Eltern-Kind-Zentrums Nanaya und Bindungsanalytikerin.

Mit der prä- und perinatalen Psychologie und Medizin gibt es eine Fachrichtung, die sich speziell mit den Auswirkungen der seelischen Verbundenheit von Mutter und Kind in der Schwangerschaft für das weitere Leben beschäftigt. Ludwig Janus, prominenter Vertreter dieser Fachrichtung, sagt demgemäß: „Die erste Bindung zwischen Mutter und Kind beginnt in ihrer Beziehung vor der Geburt. Hier geschieht eine tiefe körperliche und seelische Abstimmung aufeinander.“

Damit sind nur exemplarisch einige Herausforderungen im Zusammenhang mit Leihmutterschaft benannt; weitere Schwierigkeiten ergeben sich – wie angedeutet – mit Blick auf die sozialen Lagen der Frauen, das „Zur-Ware-Machen“ von Kindern verbunden mit idealen Vorstellungen des Menschseins sowie hinsichtlich eines intransparenten Marktes mit wenigen Gewin-

nern und vielen VerliererInnen. Diese Aspekte auszuleuchten, würde den Rahmen des Beitrags sprengen.

aktion leben für ein internationales Verbot

aktion leben ist aus all diesen Gründen für ein internationales Verbot von Leihmutterschaft.

„Es ist wichtig, das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Leihmutterschaft nicht erwünscht ist und Frauen wie Kindern schadet. Die Kinder werden um ihre erste Bezugsperson und Kontinuität der Bindung betrogen“, betont Martina Kronthaler, Generalsekretärin des unabhängigen Vereins. „Manchmal ist es menschenwürdiger, natürliche Grenzen zu akzeptieren, auch wenn es sehr schwerfällt.“

Informationen zu Leihmutterschaft bietet der Verein über die Homepage www.leihmutterschaft.at und die Broschüre „Leihmutterschaft. Frau und Kind als Ware.“ www.stopptleihmutterschaft.at, eine Informationsseite mehrerer Gruppierungen und Einzelpersonen, geht im März 2018 online.

Ebenso informiert der „info-dienst bio-ethik“ der aktion leben laufend über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich. Siehe: www.aktionleben.at

kso^e

Bildung und Beratung
für den gesellschaftlichen Wandel

Katholische Sozialakademie
Österreichs
Schottenring 35/DG
1010 Wien
☎ (01) 310 51 59
office@ksoe.at

Lehrgang Oktober 2018 bis Juni 2020

Soziale Verantwortung

Gestaltungskompetenz für den gesellschaftlichen Wandel

Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern eine aktive Gestaltung, damit sich die Lebensbedingungen und Perspektiven von Menschen weltweit entscheidend verbessern.

Die **TeilnehmerInnen** des Lehrgangs

- >> analysieren gesellschaftliche Entwicklungen
- >> prüfen Alternativen
- >> erarbeiten sozial-ethische Positionen
- >> entwickeln Kompetenzen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels
- >> setzen zukunftsfähige Projekte der Veränderung um

Weitere Informationen und Fördermöglichkeiten erhalten Sie bei

Konstanze Pichler (01) 310 51 59-72
konstanze.pichler@ksoe.at oder sozialreferat@dioezese-linz.at

Flüchten vor dem Klimawandel

Umweltmigration gilt kaum als legitim und Menschen, die aus Klimagründen ihr Land verlassen, werden oft abwertend als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet. Demgegenüber verweist der Autor auf die durch Klimawandel bedrohten Existenzen, die Grund dafür sind, die Heimat verlassen zu müssen.

Flüchtlinge und MigrantInnen, insbesondere diejenigen, die es bis nach Europa geschafft haben, sind in den letzten Jahren zum Sinnbild harter politischer Auseinandersetzungen geworden. Wir wurden Zeugen großer Solidarität, aber auch rechtspopulistischer Versuche, auf dem Rücken der Geflüchteten Abschottung und Nationalisierung voranzutreiben.

Oft konzentriert sich die Debatte auf die Konflikte in Syrien, dem Irak und Afghanistan. Menschen aus diesen Ländern suchen meist Asyl als Flüchtlinge im Kontext der UN-Flüchtlingskonvention. Daneben gibt es die Gruppe der MigrantInnen, die sich gezwungen sehen, auf der Suche nach einer besseren Zukunft für sich und ihre Kinder ihre Heimat zu verlassen. Betrachtet man die Statistiken, ist es eine wenig bekannte Tatsache, dass in den letzten Jahren mehr Menschen aufgrund von Umwelt- und Klimaeinflüssen ihre Heimat verlassen haben als durch Krieg oder Gewaltkonflikte.

Klimawandel als Treiber von Migration

Der Klimawandel erscheint uns in Europa häufig abstrakt. Gerade arme Menschen in Afrika, Asien oder Lateinamerika sind aber bereits heute von zunehmenden Dürren, Überschwemmungen oder stärkeren Stürmen betroffen. Ländliche Entwicklungsprojekte kämpfen in manchen Regionen mit zunehmender Trockenheit, unregelmäßigeren Regenperioden und der Verschlechterung der Anbaubedingungen durch Klimaveränderungen. Der Rückgang der Ressourcen wie Wasser, fruchtbares Land für Ackerbau oder als Weideland führt ebenfalls zu schwierigeren Lebensbedingungen.

Gleichzeitig sind viele Städte entlang von Küsten und Flüssen beson-

ders gefährdet. Wohnraum an Hängen oder in unmittelbarer Ufernähe, häufig bewohnt von armen Menschen in unsicheren Behausungen, droht durch Überschwemmung und Erdbeben zerstört zu werden. So werden jene, die am wenigsten haben, am meisten in Mitleidenschaft gezogen.

Betroffen können Menschen sein, die vor Naturkatastrophen fliehen, nach einiger Zeit aber wieder in ihre Heimatregionen zurückkehren können. Betroffen sind aber auch Menschen, die Opfer schleichender, dauerhafter Veränderungen werden und für die es kein Zurück mehr gibt. Gleiches gilt auch dort, wo Böden versalzen oder die Wüstenbildung voranschreitet. Gemeinsam ist diesen Situationen, dass die Übergänge zur Zwangsmigration unscharf sind.

Laut Beobachtung des „Displacement Monitoring Centre“ – einer Unterorganisation der Vereinten Nationen – verloren 2016 24,2 Mio. Menschen weltweit durch Naturkatastrophen und Umwelteinflüsse ihre Heimat; die meisten Betroffenen waren in Ost- und Süd-Ost-Asien. Im Vergleich dazu wurden im selben Zeitraum 6,9 Mio. Menschen aufgrund von Konflikten heimatlos.

Keine Rechte für KlimamigrantInnen

Bisher gibt es für Menschen, die aufgrund des Klimawandels migrieren müssen, keinen angemessenen Schutzstatus. Die Genfer Flüchtlingskonvention schützt nur vor diskriminierender Verfolgung – nicht vor Klimaveränderungen. Es braucht daher einen internationalen Schutzrahmen, der verbindlich festschreibt, welche Rechte die Betroffenen haben.

Die Nansen-Initiative, die sich im Rahmen eines freiwilligen staatlichen Konsultationsprozesses mit der grenz-

Dr. Bernd Bornhorst
*Abteilungsleiter Politik
und globale Zukunftsfragen
MISEREOR e.V.*

überschreitenden umwelt- und klimabedingten Vertreibung im Zusammenhang mit Unwetterkatastrophen befasst hat, formuliert völkerrechtliche Schutzmöglichkeiten außerhalb des Flüchtlingsrechts und zeigt Möglichkeiten einer Schutzgarantie, deren Nutzung zum Schließen der bestehenden Schutzlücke beitragen würde, auf. Die vorgelegte Schutzagenda mit Strategien für den Umgang mit durch Katastrophen vertriebenen Menschen wurde von 109 Staaten verabschiedet. Als Nachfolgemechanismus der Nansen-Initiative hat sich die „Platform on Disaster Displacement“ die Umsetzung der Schutzagenda zum Ziel gesetzt.

Umgang mit Klimamigration

Armutsbekämpfung ist und bleibt im Klimawandel der wichtige Schlüssel, da Armut anfällig macht für Naturkatastrophen. Hinzu kommt die vorausschauende Anpassung dieser Maßnahmen an die klimatischen Veränderungen.

Für die Partner MISEREORs bedeutet das, vor Ort Widerstandskräfte gegen die Folgen des Klimawandels aufzubauen. Dazu gehören z. B. effizientere Nutzung von (Regen-) Wasser, die Verbreitung angepassten Saatguts oder sturm- und überschwemmungsgeschützte Häuser.

Außerdem braucht es eine politische Unterstützung für Menschen, die von solchen Veränderungen betroffen sind: Welche Arten des Ausgleichs und Schutzes können staatliche Programme vor Ort leisten? Kommen das Geld und die Maßnahmen wirklich dort an, wo sie am meisten gebraucht werden? Das heißt, die Betroffenen zu organisieren und Zugänge zu Verwaltungen und Entscheidungsträgern zu ermöglichen.

Mit unseren Partnern setzen wir uns dafür ein, dass die Menschenrechte

Leitlinie für den Umgang mit Klimawandelfolgen sind und klimabedingt migrierende Menschen Anspruch auf angemessene Begleitung und Hilfe erhalten.

MISEREOR fordert die Staaten auf, Lösungen in den internationalen Rechtssystemen zu erarbeiten und den klimainduzierten Migranten ein Recht auf Unterstützung zuzugestehen. Um noch Schlimmeres zu verhindern, brauchen wir bis zur Mitte des Jahrhunderts eine Welt ohne klimaschädliche Emissionen, wie es im Pariser Klimaabkommen verankert wurde. Dieses nun konsequent und rasch umzusetzen, bleibt eine zentrale Herausforderung für uns alle.



Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

P. Lendvai: Orbáns Ungarn. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2016, 240 Seiten. € 24,-

Paul Lendvai, angesehener Osteuropa-Experte (ORF), schildert den Aufstieg Orbáns vom jungen, liberalen Politiker zum nationalistischen Rechtspopulisten, der seine parlamentarische 2/3-Mehrheit nutzt, um Einfluss auf die Gerichtsbarkeit, die Medien, die Kulturpolitik auszuüben. Antisemitismus und Korruption sind wieder salonfähig. EU-kritische Haltung im Verbund mit anderen Visegrád-Staaten, unsolidarisches Verhalten beim Relocation-Programm der EU für Flüchtlinge und Asylanten. Seine eigenständige Außenpolitik (orientiert an Putins Russland) steht im Gegensatz zur EU-Außenpolitik. Seine Wirtschaftspolitik begünstigt eine kleine Schar von Neureichen und erzeugt vermehrt Arbeitslose und MindestrentnerInnen. Er ist auch Vorbild für viele andere westeuropäische, rechtspopulistische Parteien und ihre Vorsitzenden. Sein Beispiel zeigt, wohin es führen kann, wenn Rechtspopulisten an der Macht sind.

A. Abuzahra (Hg.): Mehr als Kopftuch. Muslimische Frauen am Wort. Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck 2017, 142 Seiten. € 14,95

Abseits der vordergründigen Kopftuchdebatte will der Sammelband die Vielfalt der Lebensbedingungen von großteils jüngeren Musliminnen aus Deutschland und Österreich zeigen. Welche Erwartungen an sich selbst und die Gesellschaft, in der sie leben haben sie? Welche Vorstellungen vom „guten Leben“ sind für sie relevant? Was wünschen, fürchten und erhoffen sie? Vorurteilen (unterdrückte Frau, Zwangsheirat, Gewalt in der Familie) begegnen sie mit der Vielfalt der muslimischen Lebensformen. Persönliche, biografische Geschichten, aber auch gesellschaftskritische Analysen tragen zur Versachlichung der aufgeregten Diskussion bei. Zum muslimischen Feminismus wird ebenfalls Stellung genommen. Die elf Autorinnen bedienen neben sachlichen Aufsätzen die Form des Gedichtes und schildern einen Wochenablauf.

A. Grubner: Die Macht der Psychotherapie im Neoliberalismus. Eine Streitschrift. Mandelbaum Verlag, Wien 2017, 385 Seiten. € 20,-

Heute wird alles und jeder einer psychologischen Betrachtung unterworfen. Psychotherapie erlebt einen enormen Zuwachs an Bedeutung. Die Autorin untersucht, ob dabei ein Zusammenhang mit dem Aufstieg des Neoliberalismus besteht. Die These, dass die Psychotherapie nur bei Bedarf helfend interveniert, unabhängig von aktuellen Machtverhältnissen, wird mithilfe von Michel Foucaults „Formen der Macht“ gründlich hinterfragt. Auch die Psychotherapieausbildung erfolgt „marktwirtschaftlich“ durch private Institutionen mit hohen Gebühren. Die Psychotherapie kann als Scharnier zwischen den neoliberalen Anrufungen zur Selbstoptimierung im Sinne der Marktverwertung und dem menschlichen Begehren, in dieser Gesellschaft (über-)leben zu können, eingeordnet werden. Das Buch richtet sich vor allem an einschlägig vorgebildete LeserInnen.



Gibt es die gute Backpfeife?

Eine Ungeschicklichkeit bescherte mir unlängst das erste blaue Auge meines Lebens. Der Schmerz war nicht groß, ich litt nur ästhetisch. Schließlich wirkte die zuerst rot-lila, später grün-gelbe Beschercung eher wie ein Schminkunfall. Trotzdem sah ich eine Woche davon ab, in Begleitung des bevorzugten Mannes durch die Öffentlichkeit zu flanieren, auf dass keine falschen Schlüsse gezogen würden. Beide sind wir militante Verfechter des Friedens, das Birnen und Detschen finden wir so gar nicht ok, grade unter Liebesleuten!

Und doch brachte mich meine Sportverletzung zum Nachdenken. Mich bedrängte die Frage, ob 2018 das Jahr werde, in dem ich – die zweite Premiere – zum ersten Mal in meinem Leben jemandem eine Ohrfeige angedeihen lasse. Die Zeichen verdichten sich. Denn ist der Gewaltverzicht vielleicht ein Irrweg? Ist die aktuelle Bundesregierung möglicherweise die Frucht unserer antiautoritären Einstellung?! Ein Innenminister, der Flüchtlinge „konzentriert“ an einem Ort halten möchte, der rüttelt doch am Watschenbaum, es reift die Frucht, er merkt es kaum. Oder jene, die älteren Arbeitslosen alles wegnehmen wollen – ist es wirklich so verwerflich, diesen Umverteiltern einmal maßregelnd die Hand an die Backe zu legen? Wenn ihnen die christlichen Werte wirklich so am Herzen liegen, müssten sie mir die linke Wange auch noch hinhalten. Niemals darf man ein lästiges Kleinkind hauen, aber mit weiblicher Grandezza so einem ausgewachsenen Harvey Weinstein, Putin, Assad, Trump ins Gesicht ... patsch! Ah!

Nein, Sie haben recht. Das ist schlecht. Nur die Friedfertigen werden Gottes selige Kinder heißen. Aber so eine kleine Gewaltfantasie, nur ab und zu, wie schaut's da kirchenrechtlich aus? Zuschriften bitte an die Redaktion.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Warum ums Sorgen sorgen?

Fr., 13. April 2018, 16 bis 20.30 Uhr,
Cardijn Haus, Kapuzinerstraße 49,
4020 Linz

Informationen unter:
sozialreferat@dioezese-linz.at
☎ (0732) 76 10-32 51

www.dioezese-linz.at/soziales

Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU

Studientag von Pax Christi Österreich,
Fr., 16. März 2018, 16 bis 18 Uhr,
mit *Dr. Thomas Roithner* in der
Katholischen Hochschulgemeinde
Linz, Mengerstraße 23, 4040 Linz
Info: ☎ (0732) 76 10-32 51,
office@paxchristi.at

Demokratie – wieder der Rede wert!

Ein Demokratie-Workshop mittels
Psychodrama und Biografiearbeit
Sa., 21. April 2018, 9.30 bis 18 Uhr,
mit *Dr.ⁱⁿ Katharina Novy* und *Dr. Gert
Dressel* im Bildungshaus Schloss
Puchberg Puchberg 1, 4600 Wels
Teilnehmerzahl: 16
Kursbeitrag: € 80,-
Info/Anmeldung: ☎ (07242) 475 37,
puchberg@dioezese-linz.at

Sciencetalk

Wem kann ich noch trauen – Medienkompetenz im postfaktischen Zeitalter
Mi., 25. April 2018, 17 Uhr, mit
A. Univ.-Prof. Dr. Walter Ötsch
im Treffpunkt Dominikanerhaus,
Grünmarkt 1, 4400 Steyr
Regiebeitrag: € 7,- / Schüler € 3,50
Anmeldung: ☎ (07252) 454 00,
dominikanerhaus@dioezese-linz.at

(K)ein Dach überm Kopf! Odachlos sein in Linz: Der etwas andere Spaziergang.

Di., 8. Mai 2018, 10 bis 12 Uhr, mit
*Dr. Helmut Eder, Odachlosenseelsorger,
Pfarrassistent in Linz-St. Severin*

Kosten: € 12,- (der Betrag beinhaltet die Spenden für die Einrichtungen inkl. kleiner Jause)

Treffpunkt: 10 Uhr, Eingang Haus der Frau, Volksgartenstraße 18, 4020 Linz
Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26,
hdf@dioezese-linz.at

Auf den Spuren Franz Jägerstätters – „Der Preis des Lebens oder Leben um jeden Preis“

11. Sternwallfahrt der Katholischen

Männerbewegung nach St. Radegund am Sa., 26. Mai 2018 mit Programm ab 12 Uhr beim Jägerstätter-Haus (Workshop, Gedenkminute und Gottesdienst).

Verschiedene Tagesangebote für den Pilgerweg nach St. Radegund (Fuß- und Radwege ab Ostermiething, Pischelsdorf und Burghausen).
Zu weiteren Informationen, den Treffpunkten und Uhrzeiten siehe:
www.kmb.or.at/site/oesterreichweitveranstal/sternwallfahrt

Machen Sie mit beim Autofasten



Eine gute Gelegenheit, den Wunsch nach mehr Bewegung umzusetzen, ist die Fastenzeit mit der Aktion

„Autofasten – Heilsam in Bewegung kommen“

Die von der katholischen und evangelischen Kirche getragene Initiative vom Aschermittwoch, 14. Februar bis Karsamstag, 31. März 2018 geht heuer ins 13. Jahr. Sie lädt ein, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und mehr auf sanfte Mobilität, wie zu Fuß gehen, Radfahren, Öffis nutzen, Fahrgemeinschaften bilden, umzusteigen.

Fahrtkosten zurückgewinnen

Fahrkarten des Oberösterreichischen Verkehrsverbundes (Aufdruck ÖÖVV), die während der Fastenzeit (14. Februar bis 31. März) benutzt wurden (Zeitkarten in Kopie), können bis 8. April 2018 an das Sozialreferat der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz geschickt werden und nehmen an einer Verlosung teil. Wer gezogen wird, erhält die Fahrtkosten für die eingesandten Fahrscheine (Zeitkarten aliquot) zurück.

Information und Kontakt:

www.autofasten.at oder Sozialreferat der Diözese Linz, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10-32 51, www.facebook.com/Autofasten

www.autofasten.at | 14. 2. bis 31. 3. 2018

Autofasten
Heilsam in Bewegung kommen



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Mag.^a Lucia Göbesberger
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Katholische Kirche
in Oberösterreich